

Antrag	Antragsteller*in	Änderungswunsch		Modifizierter Text
WP-04-1	Andreas Franco u.a.	Verschieben der Zeilen 626-895 / Einfügung vor Zeile 1. Verschieben der Zeilen 1-472 und Einfügung vor Zeile 896.	Keine Übernahme	
WP-04-20	KV Mönchengladbach	Nach “[...] ausgesetzt sind.“ einfügen: “Zur Erforschung dieses Zusammenhangs wollen wir ein Modellvorhaben starten.“	zurückgezogen	
WP-04-216	Marc Kersten u.a.	Texteinschub nach “Vorurteile“: “gegenüber Hauptbetroffenengruppen“	Übernahme:	Texteinschub nach “Vorurteile“: “gegenüber Hauptbetroffenengruppen“
WP-04-217	Marc Kersten u.a.	Textänderung: Ersetze “unterschätzen“ durch “falsch einschätzen“.	Übernahme:	Ersetze “unterschätzen“ durch “falsch einschätzen“.
WP-04-220	Marc Kersten u.a.	Texteinschub in Zeile 220 vor “in den“: “ebenso“ Texteinschub in Zeile 221 nach “nehmen,“: “, wie die größer gewordene Bandbreite gelebter sexueller Identität.“	Modifizierte Übernahme: (STIs) und die größer gewordene Bandbreite gelebter sexueller Identität sowie neue, schwer erreichbare...
WP-04-222	Marc Kersten u.a.	Texteinschub nach “Gesundheitsämtern,“: “niedergelassenen Ärzt*innen“	Übernahme:	Texteinschub nach “Gesundheitsämtern,“: “niedergelassenen Ärzt*innen“
WP-04-223	Marc Kersten u.a.	Texteinschub am Ende der Zeile: “Dabei orientieren wir uns an den Zielen der WHO, die ‘sexuelle Gesundheit‘ umfassender und nicht nur als Abwesenheit von STIs definiert.“	Übernahme:	Texteinschub am Ende der Zeile: “Dabei orientieren wir uns an den Zielen der WHO, die ‘sexuelle Gesundheit‘ umfassender und nicht nur als Abwesenheit von STIs definiert.“
WP-04-466	OV Alfter u.a.	In WP 04 (Leben auch am Lebensende menschenwürdig gestalten) wird nach Zeile 466 folgender Text angefügt: „Die Vereinsamung mancher alter Menschen kommt in aller Stille, oft unbemerkt. Kommt Armut hinzu sind Begegnungen erschwert. Besuche von Menschen dürfen nicht am fehlenden Geld scheitern. Wir wollen daher eine neue Nahverkehrsfinanzierung prüfen, die einen öffentlichen Nahverkehr schafft, den sich alle leisten können. In der Stadt Hasselt (Niederlande), die eine Zeitlang einen „kostenlosen“ Nahverkehr angeboten hat, haben in dieser Zeit Besuche in Alten- und Pflegeheimen um 30% zugenommen (Näheres unter „Bahn- und ÖPNV-Angebot und – Finanzierung verbessern“).	Zurückgezogen	
WP-04-487	Harald Wölter u.a.	Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass dort wo die Menschen leben, verlässliche Pflege- und Betreuungsangebote in einer häuslichen Wohnumgebung entstehen, die ein selbstbestimmtes Leben weiterhin sichern.	Übernahme:	Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass dort wo die Menschen leben, verlässliche Pflege- und Betreuungsangebote in einer häuslichen Wohnumgebung entstehen, die ein selbstbestimmtes Leben weiterhin sichern.

WP-04-584	Harald Wölter u.a.	Wir wollen die Qualität in der Pflege sichern und auch einer Gewalt in der Pflege, die nicht zuletzt durch Überforderungen im Pflegealltag auftritt, durch geeignete Unterstützungsmaßnahmen entgegenwirken.	Übernahme:	Wir wollen die Qualität in der Pflege sichern und auch einer Gewalt in der Pflege, die nicht zuletzt durch Überforderungen im Pflegealltag auftritt, durch geeignete Unterstützungsmaßnahmen entgegenwirken.
WP-04-629	Florian Wüpping u.a.	füge ein nach "Kultur": und die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit.	Übernahme:	füge ein nach "Kultur": und die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit.
WP-04-636	Florian Wüpping u.a.	füge ein nach "ausrichten": " , denn kein Mensch soll sich vernachlässigt und durch die Gesellschaft zurückgewiesen fühlen."	Modifizierte Übernahme:	füge ein nach "ausrichten": " , denn kein Mensch soll vernachlässigt und durch die Gesellschaft zurückgewiesen werden."
WP-04-688	Marc Kersten u.a.	Einschub nach "Deshalb brauchen wir eine neue unbürokratische, armutsfeste und sanktionsfreie Grundsicherung" <i>" , die wir in einem ersten Schritt, durch ein mit dem Bund koordiniertes lokales Modellprojekt über 5 Jahre auf Wirksamkeit, Akzeptanz und Finanzierbarkeit testen und evaluieren wollen. Diese muss auch attraktivere Zuverdienstmöglichkeiten und höhere Freibeträge für angespartes Vermögen vorsehen, um Menschen aus der Armut, statt in die Armut zu treiben. Eine solche Grundsicherung ist für uns mehr als ein Lippenbekenntnis, deshalb ist es uns wichtig, in der kommenden Legislaturperiode für konkrete Initiativen des Landes – auch im Bundesrat – zu sorgen."</i>	Modifizierte Übernahme zusammenführen von WP-04-688, WP-04-691 und WP-04-691-2	"Deshalb brauchen wir eine unbürokratische und armutsfeste Grundsicherung ohne Sanktionen, <u>dafür werden wir uns auf Bundesebene einsetzen.</u> "
WP-04-691	KV Mönchengladbach	Am Ende des Absatzes einfügen: "Wir werden uns dafür einsetzen, eine Initiative im Bundesrat zur Reform der Grundsicherung, unter Beteiligung der Wohlfahrtsverbände und Erwerbslosenzentren und – Beratungsstellen zu starten."		
WP-04-691-2	Florian Wüpping u.a.	ergänze nach "Alleinerziehenden": "Außerdem begrüßen wir als GRÜNE in NRW die Entscheidung der Bundesdelegiertenkonferenz vom November 2016 in Münster, der Sanktionspraxis beim Arbeitslosengeld II ein Ende setzen zu wollen und stehen fest hinter dieser Forderung."		
WP-04-691-3	Harald Wölter u.a.	Auch wenn die Menschen heute im Alter im Durchschnitt ein deutlich höheres Einkommen haben als in früheren Jahrzehnten, so ist die Einkommenssituation der Älteren sehr unterschiedlich. Armut im Alter ist auch heute vielerorts sichtbar. Dabei sind ältere Frauen viel häufiger von Armut betroffen, als Männer. Aufgrund der vielen prekären Beschäftigungsverhältnisse wie auch der unstetigen	Modifizierte Übernahme:	Auch wenn die Menschen heute im Alter im Durchschnitt ein deutlich höheres Einkommen haben als in früheren Jahrzehnten, so ist die Einkommenssituation der Älteren sehr unterschiedlich. Armut im Alter ist auch heute vielerorts sichtbar. Dabei sind ältere Frauen viel häufiger von Armut betroffen, als Männer. Aufgrund der vielen prekären

		<p>Erwerbsbiografien Vieler heute, ist damit zu rechnen, dass in den kommenden Jahren die Zahl der Menschen, die im Alter am Existenzminimum leben müssen, deutlich ansteigen wird. Deshalb setzen wir uns dafür ein, prekäre Beschäftigungsverhältnisse zu beseitigen und werden uns auf Bundesebene für ein bessere soziale und finanzielle Absicherung im Alter einsetzen für eine angemessenes Rentenniveau, eine Garantierente oberhalb der Grundsicherung und perspektivisch für einen Rente auf Basis einer starken Bürgerversicherung für alle. Zudem unterstützen wir Angebote gegen Vereinsamung und soziale Isolation.</p>		<p>Beschäftigungsverhältnisse wie auch der un stetigen Erwerbsbiografien Vieler heute, ist damit zu rechnen, dass in den kommenden Jahren die Zahl der Menschen, die im Alter am Existenzminimum leben müssen, deutlich ansteigen wird. Deshalb setzen wir uns dafür ein, prekäre Beschäftigungsverhältnisse zu beseitigen und werden uns auf Bundesebene für eine bessere soziale und finanzielle Absicherung im Alter einsetzen. Hierzu gehört u.a. die Stabilisierung des Rentenniveaus, eine Garantierente oberhalb der Grundsicherung ohne Anrechnung betrieblicher und privater Vorsorge und perspektivisch eine Rente auf Basis einer starken Bürgerversicherung für alle."</p>
WP-04-705	OV Alfter u.a.	<p>In WP 04 (Armut vermeiden – in allen Lebenslagen) wird in Zeile 705 angefügt: „Deshalb wollen wir, dass alle Orte und Quartiere mit mehr als 4000 Einwohnern mindestens im Stundentakt mit öffentlichem Nahverkehr erschlossen und verbunden werden. Wir wollen auch eine neue Nahverkehrsfinanzierung prüfen, die Mobilität im öffentlichen Nahverkehr schafft und die sich alle leisten können (“Näheres unter “Bahn- und ÖPNV-Angebot und –Finanzierung verbessern“).</p>	Zurückgezogen (s. Verkehr)	
WP-04-737	Harald Wölter u.a.	<p>nach 737: Bundesteilhaberecht muss Selbstbestimmung, Wunsch- und Wahlrecht sicherstellen Wir GRÜNEN setzen uns mit Nachdruck dafür ein, dass das Wunsch- und Wahlrecht der Menschen mit Behinderung gestärkt wird. Eine selbstbestimmte Entscheidung über den Wohnort, die Wohnform und die Gestaltung von sozialen Kontakten muss gesichert sein. Und das bedeutet auch, dass hier eine gemeinsame Leistungserbringung (pooling) nicht gegen die Zustimmung der betroffenen Menschen erfolgen darf. Zudem muss jede und jeder je nach individuellem Bedarf und unabhängig vom Lebensalter einen gesicherten Anspruch auf Leistung der Eingliederungshilfe und Pflege haben und diese auch erhalten. Menschen mit Behinderung, die zur Teilhabe Unterstützung benötigen, müssen auch weiterhin die erforderlichen Leistungen erhalten, auch wenn diese nur für einzelne Lebensbereiche oder nur zeitweise benötigen. Wir setzen uns dafür ein, dass bei der Leistungserbringung keine Fokussierung auf Billiganbieter erfolgt, da dies zu einer Preisspirale nach unten und damit zu einer Aushöhlung der Tarifvereinbarungen führen würde, was auch eine Absenkung</p>	Nicht übernehmen (war doppelt, s.u.)	

		der Qualität der Arbeit befürchten lässt. Wir setzen uns für einen vollständigen Verzicht auf die Anrechnung von Einkommen und Vermögen bei der Gewährung von Eingliederungshilfe ein.		
WP-04-737-2	Harald Wölter u.a.	<p>nach 737 Bundesteilhaberecht muss Selbstbestimmung, Wunsch- und Wahlrecht sicherstellen</p> <p>Wir GRÜNEN setzen uns mit Nachdruck dafür ein, dass das Wunsch- und Wahlrecht der Menschen mit Behinderung gestärkt wird. Eine selbstbestimmte Entscheidung über den Wohnort, die Wohnform und die Gestaltung von sozialen Kontakten muss gesichert sein. Und das bedeutet auch, dass hier eine gemeinsame Leistungserbringung (pooling) nicht gegen die Zustimmung der betroffenen Menschen erfolgen darf. Zudem muss jede und jeder je nach individuellem Bedarf und unabhängig vom Lebensalter einen gesicherten Anspruch auf Leistung der Eingliederungshilfe und Pflege haben und diese auch erhalten. Menschen mit Behinderung, die zur Teilhabe Unterstützung benötigen, müssen auch weiterhin die erforderlichen Leistungen erhalten, auch wenn diese nur für einzelne Lebensbereiche oder nur zeitweise benötigen. Wir setzen uns dafür ein, dass bei der Leistungserbringung keine Fokussierung auf Billiganbieter erfolgt, da dies zu einer Preisspirale nach unten und damit zu einer Aushöhlung der Tarifvereinbarungen führen würde, was auch eine Absenkung der Qualität der Arbeit befürchten lässt. Wir setzen uns für einen vollständigen Verzicht auf die Anrechnung von Einkommen und Vermögen bei der Gewährung von Eingliederungshilfe ein.</p>	Übernahme	<p>nach 737 Bundesteilhaberecht muss Selbstbestimmung, Wunsch- und Wahlrecht sicherstellen</p> <p>Wir GRÜNEN setzen uns mit Nachdruck dafür ein, dass das Wunsch- und Wahlrecht der Menschen mit Behinderung gestärkt wird. Eine selbstbestimmte Entscheidung über den Wohnort, die Wohnform und die Gestaltung von sozialen Kontakten muss gesichert sein. Und das bedeutet auch, dass hier eine gemeinsame Leistungserbringung (pooling) nicht gegen die Zustimmung der betroffenen Menschen erfolgen darf. Zudem muss jede und jeder je nach individuellem Bedarf und unabhängig vom Lebensalter einen gesicherten Anspruch auf Leistung der Eingliederungshilfe und Pflege haben und diese auch erhalten. Menschen mit Behinderung, die zur Teilhabe Unterstützung benötigen, müssen auch weiterhin die erforderlichen Leistungen erhalten, auch wenn diese nur für einzelne Lebensbereiche oder nur zeitweise benötigen. Wir setzen uns dafür ein, dass bei der Leistungserbringung keine Fokussierung auf Billiganbieter erfolgt, da dies zu einer Preisspirale nach unten und damit zu einer Aushöhlung der Tarifvereinbarungen führen würde, was auch eine Absenkung der Qualität der Arbeit befürchten lässt. Wir setzen uns für einen vollständigen Verzicht auf die Anrechnung von Einkommen und Vermögen bei der Gewährung von Eingliederungshilfe ein.</p>
WP-04-771	Sabrina Dittrich KV Viersen u.a.	<p>Wir setzen uns aber auch für faire Arbeitsbedingungen ein und behalten all jene, die ohne Unterstützung keine Chance auf dem 1. Arbeitsmarkt haben, oder in prekären Beschäftigungsverhältnissen angestellt sind im Blick. Wird wie folgt neu gefasst: Wir fordern aber auch gleichzeitig faire Arbeitsbedingungen und faire Bezahlung für alle Arbeitnehmer*innen, sowie soziale Verantwortung der Unternehmen auch für Menschen, die ohne Unterstützung kaum eine Chance auf dem Arbeitsmarkt haben.</p>	Übernahme	Wir fordern aber auch gleichzeitig faire Arbeitsbedingungen und faire Bezahlung für alle Arbeitnehmer*innen, sowie soziale Verantwortung der Unternehmen auch für Menschen, die ohne Unterstützung kaum eine Chance auf dem Arbeitsmarkt haben.
WP-04-784	Sabrina Dittrich KV Viersen u.a.	In NRW arbeiten bereits 3000 Menschen mit Behinderung in Integrationsunternehmen auf dem... Hinter Menschen werden die Worte „mit Behinderung“	Übernahme	In NRW arbeiten bereits 3000 Menschen mit Behinderung in Integrationsunternehmen auf dem...

		eingefügt.		
WP-04-808	Sabrina Dittrich KV Viersen u.a.	„sozialrechtlich normale“ wird in „sozialversicherungspflichtige“ geändert	Übernahme	sozialrechtlich normale“ wird in „sozialversicherungspflichtige“ geändert
WP-04-819	Sabrina Dittrich KV Viersen u.a.	Der Satz „Die Arbeitsförderung muss auch Antworten auf den digitalen Wandel in der Industrie und in Dienstleistungsbranchen geben.“ wird gestrichen.	Modifizierte Übernahme (mit Sabrina abgestimmt)	Die Arbeitsförderung muss auch für Arbeiten im digitalen Wandel in der Industrie und in Dienstleistungsbranchen qualifizieren.
WP-04-830	KV Mönchengladbach	Nach 830 neuen Absatz einfügen: “Wir setzen uns für die Fortführung des EU-kofinanzierten Landesprogramms zur Förderung der Arbeitslosenzentren und Beratungsstellen in NRW ein.“	Modifizierte Übernahme	Wir setzen uns für eine weitere Förderung der Arbeitslosenzentren und Beratungsstellen in NRW ein.
WP-04-832	Martin Manfred Becker u.a.	Inklusiven Arbeitsmarkt schaffen Jedem Menschen mit Behinderung muss gesellschaftliche Teilhabe durch Arbeit und Ausbildung ermöglicht werden. Die UN-Behindertenrechtskonvention spricht Menschen mit Behinderung das gleiche Recht auf Arbeit und die Möglichkeit zu, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Damit allen Menschen mit Behinderung in NRW gesellschaftliche Teil habe durch Arbeit ermöglicht werden kann, wollen wir die Integrationsunternehmen als Alternative zu Werkstätten für Menschen mit Behinderung (<u>WfbM</u>) weiter ausbauen. <u>Den über 70.000 Menschen in Werkstätten in NRW wollen wir mehr und vielfältige Chancen der Teilhabe eröffnen. Wir wollen echte Wahlfreiheit für Menschen mit Behinderung bei der Arbeitsplatzwahl. Hier gilt es, das „Budget für Arbeit“ für weit mehr Menschen als bisher zu eröffnen und die Anzahl der Menschen mit Behinderung in öffentlichen und privaten Betrieben deutlich zu erhöhen.</u> <u>Wir werden die Schaffung von alternativen, inklusiven Arbeitsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung außerhalb von Werkstätten (WfbM) mit dem Ziel der sozialversicherungspflichtigen, tariflich entlohnten und dauerhaften Beschäftigung unterstützen. Zudem werden wir die Schaffung von zusätzlichen gut begleiteten Außenarbeitsplätzen für WfbM-Beschäftigte in Betrieben des allgemeinen Arbeitsmarktes befördern. um auf diesem Wege den Menschen mit Behinderung den Schritt weg von der WfbM hin zu einer regulären Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu erleichtern.</u> Ferner wollen wir durch die Schaffung von weiteren inklusiven Ausbildungsstätten den Start in das Berufsleben für Menschen	Modifizierte Übernahme	Jedem Menschen mit Behinderung muss gesellschaftliche Teilhabe durch Arbeit und Ausbildung ermöglicht werden. Die UN-Behindertenrechtskonvention spricht Menschen mit Behinderung das gleiche Recht auf Arbeit und die Möglichkeit zu, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Damit allen Menschen mit Behinderung in NRW gesellschaftliche Teil habe durch Arbeit ermöglicht werden kann, wollen wir die Integrationsunternehmen als Alternative zu Werkstätten für Menschen mit Behinderung (<u>WfbM</u>) weiter ausbauen. <u>Den über 70.000 Menschen in Werkstätten in NRW wollen wir mehr und vielfältige Chancen der Teilhabe eröffnen. Wir wollen echte Wahlfreiheit für Menschen mit Behinderung bei der Arbeitsplatzwahl. Hier gilt es, das „Budget für Arbeit“ für weit mehr Menschen als bisher zu eröffnen und die Anzahl der Menschen mit Behinderung in öffentlichen und privaten Betrieben deutlich zu erhöhen.</u> <u>Wir werden die Schaffung von alternativen, inklusiven Arbeitsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung außerhalb von Werkstätten (WfbM) mit dem Ziel der sozialversicherungspflichtigen, tariflich entlohnten und dauerhaften Beschäftigung unterstützen. Um dem Weg dahin zu erleichtern, werden wir auch die Schaffung von zusätzlichen gut begleiteten Außenarbeitsplätzen für WfbM-Beschäftigte in Betrieben des allgemeinen Arbeitsmarktes befördern.</u> Ferner wollen wir durch die Schaffung von weiteren inklusiven Ausbildungsstätten den Start in das Berufsleben für Menschen mit

		mit Behinderung erleichtern und ermöglichen. Unser Ziel ist ein echter inklusiver Arbeitsmarkt ohne Trennung zwischen behinderten, psychisch kranken und nicht behinderten arbeitslosen Menschen.		Behinderung erleichtern und ermöglichen. Unser Ziel ist ein echter inklusiver Arbeitsmarkt ohne Trennung zwischen behinderten, psychisch kranken und nicht behinderten arbeitslosen Menschen.
WP-04-837	Manfred Becker u.a.	<p>...Integrationsunternehmen als Alternative zu Werkstätten für Menschen mit Behinderungen ausbauen</p> <p>HIER EINFÜGEN: Den über 70.000 Menschen in Werkstätten in NRW wollen wir mehr und vielfältige Chancen der Teilhabe eröffnen.</p> <p>Ersetze Zudem durch Hier gilt es, das „Budget für Arbeit“ für weit mehr Menschen als bisher zu eröffnen und die Anzahl der Menschen mit Behinderung in öffentlichen und privaten Betrieben deutlich zu erhöhen.</p> <p>HIER EINFÜGEN Es muss viel mehr und gut begleitete „ausgelagerte“ Werkstattplätze in normalen Betrieben und mehr Entwicklungschancen in Werkstätten geben.</p> <p>Weiter mit Ferner...</p>	<p>Nicht übernehmen</p> <p>Hat sich erledigt (durch Antrag 04-832)</p>	
WP-04-846	Sabrina Dittrich KV Viersen u.a.	„Unsere neuen Zugewanderten“ wird ersetzt durch Alternative 1 „Geflüchtete Menschen“ oder Alternative 2 „Menschen, die zu uns geflohen sind“	Übernahme	Menschen, die zu uns geflohen sind
WP-04-852	LAG Frauen	Neu zugewanderte Frauen werden vor allem in die Berufe orientiert, bei denen ein erhöhter Fachkräftebedarf besteht. Die Integration in Arbeit erfolgt nach den in den Pflegeberufen schon erfolgreich eingesetzten Modulen „Spracherwerb“, „Schulabschluss“, „Qualifizierung“ und „Ausbildung / Studium“.	Modifizierte Übernahme:	Die im Pflegebereich erfolgreich eingesetzten Module „Spracherwerb“, „Schulabschluss“, „Qualifizierung“ und „Ausbildung / Studium“ wollen wir auch auf die Arbeitsmarktintegration zugewanderter Frauen in anderen Berufen ausdehnen, bei denen ein erhöhter Fachkräftebedarf besteht.
WP-04-853	LAG Wirtschaft	<p>Ausbildung fördern – Ausbildungsplatzabgabe einführen Alt: Zeile 854 Nach wie vor gibt es in manchen Regionen und Berufen zu wenige Ausbildungsplätze. Neu: Ausbildung fördern – Chancen und Perspektiven der Berufsausbildung durch Angleichung von Meister und Bachelor erweitern und ausbauen</p> <p>Das berufliche Spektrum in Deutschland ist vielfältig. Dies schließt neben einem Studium auch das duale Studium ebenso mit ein wie eine Berufsausbildung. Es ist möglich, ein Studium nach einer Berufsausbildung anzuschließen. Diese Vielfältigkeit ist der Schlüssel zum Erfolg. Die weitere Angleichung von Meister und Bachelor wäre ein weiterer Baustein für die Verknüpfung von Studium und Handwerk. Wir brauchen Seiteneinsteiger für das Handwerk.</p>	<p>s. Bildungskapitel 03</p> <p>(hier liegt bisher keine Antwort auf den Vorschlag für eine modifizierte Übernahme vor)</p>	

WP-04-853-2	Sabrina Dittrich KV Viersen u.a.	Alternativ können auch beide Begriffe, wie folgt dargestellt werden: Ausbildungsplatzumlage/ Ausbildungsplatzabgabe	Übernahme	Überall „Ausbildungsplatzabgabe“ durch „Ausbildungsplatzumlage“ ersetzen.
WP-04-859	LAG Wirtschaft	Dabei zahlen alle Unternehmen ab einer bestimmten Größe in einen Ausbildungsfond ein,	modifizierte Übernahme	Gerade kleinere Unternehmen haben oft nicht die Möglichkeit alleine auszubilden, da sie in der Ausbildung nicht alle notwendigen Ausbildungsabschnitte sicherstellen können. Damit diese Ausbildungskapazitäten nicht ungenutzt bleiben, wollen wir, dass Betriebe stärker zusammen arbeiten und gemeinsam, im Rahmen der Verbundausbildung ausbilden.
WP-04-861	LAG Wirtschaft	Branchenspezifische Regelungen sind hierbei allerdings erforderlich, um die Unternehmen nicht zu benachteiligen, die zwar einen Ausbildungsplatz anbieten, aber keine Bewerber*innen hierfür finden.		
WP-04-861-2	Sabrina Dittrich KV Viersen u.a.	Nach Zeile 861 wird folgender Absatz neu eingefügt: Gerade kleinere Unternehmen haben oft nicht die Möglichkeit alleine auszubilden, da sie in der Ausbildung nicht alle notwendigen Ausbildungsabschnitte sicherstellen können. Damit diese Ausbildungskapazitäten nicht ungenutzt bleiben, wollen wir, dass Betriebe stärker zusammen arbeiten und gemeinsam, im Rahmen der Verbundausbildung ausbilden.		
WP-04-896	LAG Sport (nachgereicht)	Sport" ersetzen durch: "Grüne Sportpolitik für ein bewegtes NRW"	Übernahme	„Sport“ ersetzen durch: "Grüne Sportpolitik für ein bewegtes NRW"
WP-04-981	Dieter Schöffmann u.a.	WP-04 Zeile 981 – 988 ersetzen durch: Engagementstrategie // Das Bürgerengagement stärken Bürgerschaftliches, freiwilliges, ehrenamtliches Engagement leistet wesentliche Beiträge zum Zusammenhalt und zu Entwicklungsfähigkeit unserer Gesellschaft und stärkt die Basis lebendiger Demokratie. Die Lebendigkeit, Vielfältigkeit und Verbreiten des bürgerschaftlichen Engagements bedarf engagementförderlicher Rahmenbedingungen und Infrastrukturleistungen insbesondere auf lokaler Ebene. Neue Formen des Engagement, wie die Willkommensinitiativen für geflüchtete Menschen, benötigen Unterstützung bei der Herausbildung von Strukturen, die das Engagement mit langem Atem ermöglichen. Bürgerschaftliches Engagement benötigt auch immer wieder Nachwuchs. Hier kommt insbesondere den Schulen und Einrichtungen der Jugendbildung eine besondere Verantwortung zu, jungen Menschen Gelegenheiten zum Engagementlernen zu bieten. Um die hierfür geeigneten landespolitischen Strategien und Maßnahmen zu erhalten, weiter oder neu zu entwickeln, wollen wir in einem breiten Beteiligungsprozess eine Engagement-Strategie für NRW entwickeln. Hierbei sollen auch bisher	Zurückgezogen	

		engagementferne gesellschaftliche Gruppen in den Blick genommen werden. und an anderer Stelle platzieren, und zwar: nach „Teilhabe fördern“ (Zeile 706 – 764) und vor „NRW – das Land der ‚guten‘ Arbeit“ (Zeile 766 ff.)		
WP-04-1009	LAG Sport (nachgereicht)	Einfügen nach Zeile 1009: NRW bewegen - das wollen wir Grünen: - Eine verlässliche Förderung des vereinsungebundenen und organisierten Sports durch ein Sportfördergesetz und eine neuen Pakt für den Sport - Eine Landessportkonferenz einrichten, um einen umfassenden Austausch zwischen den unterschiedlichen Akteuren des Sports in NRW zu ermöglichen - Den Spitzensport in NRW zielgerichtet, nachhaltig und fair fördern - Wir wollen mehr Bewegungsmöglichkeiten im Alltag aller Bürger*innen NRWs, ob in der KiTa, der Schule oder im direkten Wohnumfeld - Eine umfassende Ehrenamtsstrategie etablieren und dabei besonders unterrepräsentative Zielgruppen in den Blick nehmen - Fanrechte stärken und die sozialpädagogische Arbeit mit jugendlichen Fußballfans weiter fördern	Modifizierte Übernahme	Einfügen nach Zeile 1009: NRW bewegen - das wollen wir Grünen: - Eine verlässliche Förderung des vereinsungebundenen und organisierten Sports durch ein Sportfördergesetz und eine neuen Pakt für den Sport - Eine Landessportkonferenz einrichten, um einen umfassenden Austausch zwischen den unterschiedlichen Akteuren des Sports in NRW zu ermöglichen - <u>Uns zielgerichtet und nachhaltig für einen fairen Spitzensport in NRW einsetzen</u> - Wir wollen mehr Bewegungsmöglichkeiten im Alltag aller Bürger*innen NRWs, ob in der KiTa, der Schule oder im direkten Wohnumfeld - Eine umfassende Ehrenamtsstrategie etablieren und dabei besonders unterrepräsentative Zielgruppen in den Blick nehmen - Fanrechte stärken und die sozialpädagogische Arbeit mit jugendlichen Fußballfans weiter fördern